

Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2023

Prüfungsteil 1.2 Falldossier

Kandidatennummer	
Zweig	Unfallversicherung
Dauer	90 Minuten
Falldossier	Nr. 1
	Der Schuss
Beilagen	59 Seiten <ul style="list-style-type: none"> – Beilage 1: Unfallmeldung (1 Seite) – Beilage 2: Lohnangaben (4 Seiten) – Beilage 3: Polizeirapport (19 Seiten) – Beilage 4: Telefonnotiz (3 Seiten) – Beilage 5: Abklärungsbericht (4 Seiten) – Beilage 6: Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (1 Seite) – Beilage 7: IV-Vorbescheid (2 Seiten) – Beilage 8: Gutachten (16 Seiten) – Beilage 9: Verfügung (3 Seiten) – Beilage 10: Einsprache (6 Seiten)
Anzahl Seiten	10

Falldossier: Der Schuss

Einführung in den Fall

Sie sind Schadenexperte/in eines UVG-Versicherers und befassen sich mit komplexen Schadenfällen. Die in der Beilage befindlichen Unterlagen eines Falldossiers werden Ihnen zur Beurteilung des Vorgehens zugestellt.

Beilagen

- Beilage 1: Unfallmeldung
- Beilage 2: Lohnangaben
- Beilage 3: Polizeirapport (ist nicht vollständig anonymisiert! [Namen, Adressen])
- Beilage 4: Telefonnotiz
- Beilage 5: Abklärungsbericht
- Beilage 6: Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung
- Beilage 7: IV-Vorbescheid
- Beilage 8: Gutachten
- Beilage 9: Verfügung
- Beilage 10: Einsprache

Aufgabe

1. **(15 P)** Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar. Welche Informationen sind für die Beurteilung des Leistungsanspruchs von Bedeutung? Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.
2. **(15 P)** Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen, die aus Ihrer Sicht in dieser Situation bestehen, insbesondere zu den folgenden Punkten:
 - Versicherungsdeckung
 - Leistungen
 - Leistungskürzung
 - Fallabschluss
3. **(20 P)** Ziehen Sie erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen, insbesondere zu den folgenden Fragen:
 - Ist Versicherungsschutz für das Ereignis vom 15.5.2017 aufgrund der vorhandenen Akten gegeben?
 - Auf welche Leistungen hat der Versicherte Anspruch? Äussern Sie sich auch zur Dauer des Leistungsanspruchs und berechnen Sie das Taggeld. Auf welche Leistungen hat der Versicherte keinen Anspruch? Begründen Sie Ihre Antwort
4. **(15 P)** Leistungskürzung: Was muss vorliegen, damit der UVG-Versicherer zu einer Leistungskürzung Stellung nehmen kann? Wie verhält sich der UVG-Versicherer bezüglich seiner Leistungen, bis er dazu definitiv Stellung nehmen kann? Welche Art von Kürzung käme hier in Frage?
5. **(10 P)** Beschaffen Sie alle noch ausstehenden Informationen. Beschreiben Sie, woher Sie welche Informationen gewinnen und legen Sie diese nachvollziehbar dar, insbesondere bezüglich:
Leistungskürzung
Fallabschluss

6. **(15 P)** Zeigen Sie auf, wie Sie planen Ihren Entscheid zu kommunizieren. Wer sollte wann wie informiert werden?

Für alle Aufgaben gilt: Wo notwendig verweisen Sie auf die dazugehörigen Rechtsgrundlagen.

Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar (Seiten nur einseitig beschriften). Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen hinreichend begründen. Als Richtgrösse werden 5-10 Seiten A4 erwartet, der effektive Umfang Ihrer Arbeit wird nicht bewertet. Beschriften Sie jede Seite oben rechts mit Ihrem Namen und Ihrer Kandidatennummer.

Für die Bearbeitung des Falldossiers stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgenden Leitfragen bewertet:

- Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar?
- Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen?
- Zieht der/die Kandidat/in angemessene erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen?
- Beschafft der/die Kandidat/in alle erforderlichen Informationen und fasst er/sie diese nachvollziehbar zusammen?
- Trifft der/die Kandidat/in einen geeigneten Entscheid und argumentiert er/sie den Entscheid nachvollziehbar und fachlich korrekt?
- Kommuniziert der/die Kandidat/in den Entscheid korrekt und für die Zielgruppe angemessen?

Punkte

max. 90

Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.

Mit Bagatellunfallmeldung wird der Unfall vom 15.5.2017 angemeldet.

- *Hergang: wurde angeschossen*
- *Befristetes Anstellungsverhältnis vom 1.3. – 30.4.2017.*
- *Beruf ist nicht ersichtlich.*

Arbeitszeugnis/Lohnangaben:

- *Anstellung gem. Arbeitszeugnis vom 1.3. – 1.6.2017*
- *Anstellung im Bereich Sicherheit, Sauberkeit, Information und Animation im öffentlichen Raum*
- *Arbeit im Rahmen Arbeitsintegration für erwerbslose Menschen*
- *Monatslohn: CHF 400.-- x 12, d.h. keine Grati, kein 13. Monatslohn*

Polizeirapport:

- *Versicherter war zusammen mit Bekannten in einer privaten Wohnung, als sich ein Schuss löste und den Versicherten erheblich verletzte. Genauer Hergang aufgrund der vorhandenen Unterlagen unklar. Genauer Hergang lässt sich aufgrund des Polizeirapports nicht restlos rekonstruieren.*

Tel. mit versicherter Person am 2.5.2018:

- *Aufgrund der Aussagen des Versicherten ist Grund für Schussabgabe nicht bekannt (kam aus heiterem Himmel). Er habe aber nicht provoziert. Er habe auch keine Drogen verkauft.*
- *Beschwerden:*
 - o *Nach zwei Augenoperationen hat er jetzt links ein Glasauge. Brille für rechtes Auge, damit er nicht ermüdet und keine Kopfschmerzen bekommt. Vorher hatte er keine Brille.*
 - o *Platte am Kiefer ist entfernt, Kiefer ist verheilt.*
 - o *Er weist Narben an der linken Stirn, am rechten Oberarm und an der rechten Backe auf.*
 - o *Magen-OP ist unfallfremd.*
- *Tätigkeit: Versicherter ist seit längerem beim Sozialamt gemeldet und in der Firma XY für eine Arbeitsintegration angestellt. Seither hat er keinen weiteren Arbeitgeber und ist immer noch beim Sozialamt gemeldet und erhält von dort Unterstützung.*
- *Arbeitsunfähigkeit: AUF-Zeugnisse habe er jeweils dem Sozialamt oder dem Betrieb abgegeben.*

Befragung des Versicherten am 19.8.2018:

- *Behandlung durch USZ. Hausarzt erst später aufgesucht. Psychiater erst 2018 wieder aufgesucht.*
- *Aktuelle Beschwerden:*
 - o *körperlich gehe es ihm wieder sehr gut, keine körperlichen Schmerzen, müsse sich einfach noch an das Glasauge gewöhnen.*
 - o *Leistungsfähigkeit ist noch nicht sehr hoch. Er erschöpfe noch sehr rasch, führt dies auf sein psychisches Leiden zurück. Das psychische Leiden habe nicht direkt mit dem Ereignis vom 15.5.2017 zu tun, sondern vielmehr mit seinen Lebensumständen (arbeitslos, lebt bei den Eltern, Trennung von Freundin).*
- *Aktuelle Therapien:*
 - o *Alle 1,5 Wochen beim Psychiater. Er nehme keine Medikamente mehr bzgl. der Depression.*
 - o *Wegen Magengeschichte (Vorzustand) nehme er noch Pantoprazol (Medikament gegen Sodbrennen und Magengeschwüre).*
- *Psychische Beschwerden:*

- *Diese führt er nicht direkt auf das Ereignis zurück. Er sei nicht traumatisiert. Er leide an schneller Erschöpfung und massiver Nervosität. Er sei vor dem Ereignis bereits in ein depressives Loch gefallen und dadurch auf die schiefe Bahn mit Schulden und Betäubungsmittel geraten.*
- *Arbeitsunfähigkeit:*
 - *Aktuell habe er kein Zeugnis, fühlt sich aber nicht zu 100 % arbeitsfähig. Er suche Beschäftigung im Rahmen von 20 – 30 % in einer Bar oder Lager (er besitzt Staplerprüfung). Er dürfe noch nicht Autofahren.*
- *IV-Anmeldung:*
 - *Wurde gemacht, aber nur wegen linkem Auge.*

Ausser der AUF-Bescheinigung des USZ vom 23.3.2018 fehlen weitere AUF-Zeugnisse.

Vorbescheid der IV vom 8.7.2019:

- *Kein Anspruch auf eine Invalidenrente. Gemäss med. Abklärungen könne der Versicherte ab April 2018 jegliche Tätigkeiten ohne schwere körperliche Arbeit ausüben, welche als Einäugiger ausgeübt werden können. Diese sind zu 100 % zumutbar. Dies gilt auch für die zuletzt ausgeübte Tätigkeit als Aussendienstmitarbeiter.*

Gutachten SMAB vom 1.5.2019:

- *Unfallrelevante Diagnosen:*
 - *Status nach Schussverletzung rechter Oberarm*
 - *Status nach Kopfschussverletzung mit Mittelgesichtsfrakturen und Verlust des linken Auges*
- *Es werden auch div. unfallfremde Diagnosen aufgeführt.*
- *Es wird allein aufgrund der unfallrelevanten Diagnosen eine Arbeitsfähigkeit von 100 % attestiert. Einschränkungen bedingt durch die Einäugigkeit z.B. bei Arbeiten auf Gerüsten oder Führen von Motorfahrzeugen höherer Kategorien als Kat. B.*
- *Integritätsschaden wird auf 35 % geschätzt.*

Verfügung des UVG-Versicherers vom 29.11.2019:

- *Einstellung der Leistungen für Heilbehandlung und Taggeld per 31.5.2019. Ein Rentenanspruch entfällt. Kosten für Hilfsmittel (Augenprothese) werden weiterhin übernommen.*
- *Zusprache einer IE in der Höhe von CHF 51'870.-- (35 % von CHF 148'200.--).*

Einsprache vom 17.1.2020:

- *Es wird geltend gemacht, dass das SMAB-Gutachten unvollständig und widersprüchlich ist und klar aktenwidrige Aussagen und Beurteilungen enthält. Es wird dabei auf einen eingereichten Bericht der psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) verwiesen.*
- *Daher sei die Verfügung vom 29.11.2019 aufzuheben, weiterhin TG- und HK-Leistungen auszurichten. Es sei eine Rente auszurichten. Allenfalls weitere Abklärungen vorzunehmen. Es seien die Kosten für die Abklärung/Bericht bei der PUK zu übernehmen.*

Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen, die aus Ihrer Sicht in dieser Situation bestehen, insbesondere zu:

- *Versicherungsdeckung:*
 - *Ist die verunfallte Person durch ihre Tätigkeit im Rahmen einer Arbeitsintegrationsmassnahme obligatorisch unfallversichert?*
 - *Falls ja, besteht auch Versicherungsschutz für Nichtberufsunfälle (NBU)?*

- Differierende Angaben zu Dauer der Anstellung. Besteht für das Ereignis vom 15.5.2017 überhaupt Deckung?
- Welche Leistungen sind zuzusprechen in welcher Höhe und Dauer? Haftpflichtiger Dritter? Regress?
- Leistungskürzung:
 - Was hat sich hier konkret zugetragen? Rolle der verunfallten Person, wie es zur Schussabgabe gekommen ist?
 - Müssen die Geldleistungen gekürzt werden, z.B. aufgrund UVG Art. 39 in Verbindung mit UVV Art. 49 Abs. 2?
- Fallabschluss:
 - Ist der Entscheid des UVG-Versicherers aufgrund des Gutachtens des SMAB korrekt?
 - Sind die Einwände im Rahmen der Einsprache korrekt?
 - Welche weiteren Abklärungen/Massnahmen müssen vorgenommen werden?

Ziehen Sie erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen, insbesondere zu:

- Ist Versicherungsschutz für das Ereignis vom 15.5.2017 aufgrund der vorhandenen Akten gegeben?

Gemäss Empfehlung Nr. 01/2007 der AD-HOC-KOMMISSION SCHADEN UVG ist bei Arbeitseinsätzen und -versuchen seitens der IV-Stellen, der UVG-Versicherer und der Sozialhilfe bei Arbeitgebern in der Regel von Arbeitseinsätzen auszugehen. Erfolgt ein Arbeitseinsatz bei einem Arbeitgeber im 1. Arbeitsmarkt mit AHV-Lohn, ist gemäss Ziff. 2.1 bei Vorliegen eines Arbeits-/Lehr-/Ausbildungsvertrages UVG Deckung beim Einsatzbetrieb gegeben. Ein schriftlicher Arbeitsvertrag liegt nicht vor. Aufgrund des Arbeitszeugnisses, der Lohnabrechnung wie auch des Lohnausweises kann aber von einer Anstellung ausgegangen werden.

Widersprüchliche Angaben bestehen zur Anstellungsdauer. Gemäss Unfallmeldung wie auch den Angaben im Lohnausweis bestand die Anstellung vom 1.3. – 30.4.2017, gemäss Arbeitszeugnis dagegen vom 1.3. – 1.6.2017. Keine Angaben bestehen zur wöchentlichen Arbeitszeit. Wenn die wöchentliche Arbeitszeit mehr als 8 Stunden betrug, ist NBU-Deckung gegeben. Dies müsste zum Zeitpunkt der Unfallmeldung noch geklärt werden. Aufgrund der weiteren Unterlagen ist davon auszugehen, dass NBU-Deckung gegeben war.

Auch wenn das Anstellungsverhältnis nur vom 1.3. – 30.4.2017 gedauert hätte, besteht gem. Art. 3 Abs. 2 UVG (NBU-Nachdeckung endet mit dem 31. Tag nach dem Tag, an dem der Anspruch auf mindestens den halben Lohn aufhört) für NBU Deckung bis zum 31.5.2017.

Somit besteht Versicherungsschutz für das Ereignis vom 15.5.2017.

- Auf welche Leistungen hat die versicherte Person in welcher Höhe und für welche Dauer Anspruch bzw. keinen Anspruch? Weshalb?

Pflegeleistungen und Kostenvergütung:

- Übernahme der Kosten für die notwendigen Spitalbehandlungen sowie ärztlichen Nachuntersuchungen, die durch das Ereignis vom 15.5.2017 notwendig genommenen Medikamente, Verbandsmaterial etc. Ebenfalls die Psychotherapie, jedenfalls so lange, wie die Adäquanz gegeben ist.
- Übernahme der notwendigen Transport- (Ambulanz für Fahrt ins USZ?) und Reisespesen.

Diese Kosten werden aufgrund der Verfügung vom 29.11.2019 des UVG-Versicherers längstens bis 31.5.2019 übernommen.

- *Hilfsmittel: Übernahme der Augenprothese. Ebenfalls Übernahme der Kosten für die Brille. Diese Kosten werden vom UVG-Versicherer lebenslang übernommen.*

Taggeldleistungen:

- *Zwar wurde uns der Fall als Bagatellfall angemeldet. Jedoch ist aufgrund der Akten davon auszugehen, dass die versicherte Person arbeitsunfähig war. Während der Dauer der unfallbedingten Arbeitsunfähigkeit hat der UVG-Versicherer im Umfang der bestehenden AUF TG-Leistungen zu erbringen. Dabei ist während einem Spitalaufenthalt ein allfälliger Spitalabzug zu berücksichtigen. Gemäss Verfügung werden weitere TG-Leistungen, die über den 31.5.2019 hinaus gehen, abgelehnt.*
- *Der Taggeldansatz beläuft sich auf CHF 10.50 ($\text{CHF } 400 \times 12 \times 80 \% : 365$). Dieser Betrag ist für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit auszurichten. Davon abzuziehen ist ein Unterhaltskostenabzug von 20 % bzw. CHF 2.10 pro Tag für die Zeit der stationären Behandlung.*

Invalidenrente:

- *Gemäss Gutachten der SMAB ist eine relevante Arbeitsunfähigkeit nicht gegeben. Daher wurde der Anspruch auf eine Invalidenrente mit Verfügung vom 29.11.2019 abgelehnt.*

Integritätsentschädigung:

- *Die Gutachter kommen zum Schluss, dass unfallbedingt ein Integritätsschaden in der Höhe von 35 % entstanden ist. Die entsprechende Integritätsentschädigung wurde mit Verfügung vom 29.11.2019 zugesprochen.*

Hilflosenentschädigung:

- *Den Unterlagen konnten keine Hinweise auf das Vorliegen einer unfallbedingt entstandenen Hilflosigkeit im Sinne von UVG Art. 26 entnommen werden.*

Kommt es aufgrund des Unfalls vom 15.5.2017 zu einem Rückfall oder treten Spätfolgen auf, die zu einer Behandlungsbedürftigkeit und/oder Arbeitsunfähigkeit führen, muss der im Grundfall zuständige UVG-Versicherer seine Leistungspflicht dafür prüfen. Wird der natürliche Kausalzusammenhang zwischen dem ursprünglichen Unfall und dem jetzt auftretenden Rückfall/den Spätfolgen bejaht, muss der UVG-Versicherer wiederum die gesetzlichen Leistungen dafür entrichten. Dafür gibt es in den vorliegenden Unterlagen keinerlei Hinweise.

- *Fallabschluss: Wie beurteilen Sie die vorgebrachten Argumente der Rechtsvertreterin bezüglich des Gutachtens?*

Im Gegensatz zum Gutachten des SMAB, bei welchem im Vorfeld sicherlich die Mitwirkungsrechte des Versicherten berücksichtigt wurden, für welches den Gutachtern auch alle relevanten Akten, insbesondere die medizinischen, zur Verfügung gestellt wurden, ist nicht ersichtlich, welche Unterlagen der PUK zur Verfügung gestanden haben. Inwieweit man hier von einer unabhängigen Beurteilung ausgehen kann, muss offengelassen werden. Immerhin rechtfertigt es, dass man die Gutachter mit dem Bericht der PUK konfrontiert und um eine Beurteilung bittet.

Der PUK Bericht vom 19. November 2019 ist nicht bei den Akten. Daher ist es unmöglich, konkrete Gründe zu benennen. Aufgrund des Untersuchungsgrundsatzes (Art. 43 ATSG) sind wohl weitere Abklärungen angezeigt. Ob eine blosserückfrage ausreicht, ist fraglich. Kreisarzt/beratender Arzt

konsultieren? Allenfalls ist eine Neubegutachtung in Auftrag zu geben. Es sind jedenfalls weitere Abklärungen angezeigt.

Leistungskürzung: Was muss vorliegen, damit der UVG-Versicherer zu einer Leistungskürzung Stellung nehmen kann? Wie verhält sich der UVG-Versicherer bezüglich seiner Leistungen, bis er dazu definitiv Stellung nehmen kann? Welche Art von Kürzung käme hier in Frage?

Gestützt auf die vorliegenden Akten kann nicht beurteilt werden, ob es zu einer Kürzung der Geldleistungen kommt. Hier gibt es nun zwei Möglichkeiten, wie der UVG-Versicherer vorgehen kann:

- 1. Er klärt eigenständig den Sachverhalt ab, spricht mit allen Betroffenen (versicherte Person, mutmasslicher Täter, Zeugen, etc.), nimmt deren Aussagen protokollarisch auf und entscheidet dann anhand seiner Abklärungen, ob eine Leistungskürzung ausgesprochen werden muss.*
- 2. Aufgrund des Hergangs kann davon ausgegangen werden, dass es zu einem Strafverfahren kommen wird, bei welchem versucht wird zu klären, was genau passiert ist, wie die einzelnen Betroffenen beteiligt waren, und wer die Schussabgabe zu verantworten hat. Aufgrund des dann vorliegenden Gerichtsurteils kann der UVG-Versicherer seine Leistungspflicht beurteilen und festlegen.*

Grundsätzlich liegt ein versichertes Unfallereignis vor. D.h. der UVG-Versicherer kann seine Leistungen ausrichten. Bezüglich den Taggeldleistungen kann er eine teilweise Freigabe vorsehen, d.h. er behält vorerst einen Teil des Taggelds zurück, und zwar in der Höhe der möglicherweise zu erwartenden Kürzung. Er kann aber auch vorerst die vollen Taggeldleistungen ausrichten und darauf in einem späteren Zeitpunkt zurückkommen, sowie dann eine Kürzung verfügen. Er trägt dann aber auch das Risiko, dass er die zuviel ausbezahlten Taggeldleistungen nicht mehr eintreiben kann.

Eine Grobfahrlässigkeit nach UVG Art. 37 Abs. 2 liegt hier nicht vor. Gemäss den vorliegenden Akten kommt eine Kürzung nach UVG Art. 37 Abs. 3 (Verbrechen oder Vergehen) vermutlich auch nicht in Frage. Fraglich ist aber, ob eine Aussergewöhnliche Gefahr gemäss UVG Art. 39 in Verbindung mit UVV Art. 49 Abs. 2 lit. a oder b vorliegt.

Beschaffen Sie alle noch ausstehenden Informationen. Beschreiben Sie, woher Sie welche Informationen gewinnen und legen Sie diese nachvollziehbar dar, insbesondere bezüglich:

- **Leistungskürzung:**

Damit dazu Stellung genommen werden kann, muss der konkrete Hergang zweifelsfrei eruiert werden. Dies kann, wie bereits weiter oben beschrieben, erfolgen, indem man das Gerichtsverfahren abwartet, oder dass der UVG-Versicherer diesbezüglich selbständig Abklärungen durchführt.

- **Fallabschluss:**

Der vom Rechtsvertreter des Versicherten eingereichte Bericht der PUK widerspricht den Aussagen der SMAB. Der SMAB ist daher dieser Bericht vorzulegen und diese um eine ergänzende Stellungnahme zu bitten. Fraglich, ob das reicht. Insbesondere sind diese zu fragen, ob sich dadurch eine Änderung an ihrer ursprünglichen Einschätzung ergibt. Dabei ist ihre Antwort unabhängig von ihrer Stellungnahme zu begründen (Aussage des letzten Satzes unklar). Kreisarzt konsultieren, gegebenenfalls Neubegutachtung in Auftrag geben.

Zeigen Sie auf, wie Sie planen, Ihren Entscheid zu kommunizieren. Wer sollte wann wie informiert werden?

Aufgrund der Einwände des Versicherten sind im Rahmen des Einspracheverfahrens weitere Abklärungen vorzunehmen. Dies kann dem Versicherten so mitgeteilt werden (formloses Schreiben; inkl. Mitteilung, dass die verfügbaren Leistungen ausgerichtet werden). Dem Versicherten sind die Mitwirkungsrechte zu gewähren. Die Abklärungsergebnisse sind dem Versicherten (Rechtsvertreter) zur Stellungnahme zu unterbreiten. Der Anspruch auf rechtliches Gehör beinhaltet das Recht der betroffenen Person, sich zu allen wesentlichen Tatsachen ihres Falles, und damit auch zum Beweisergebnis, das heisst zu den durch Beweismassnahmen festgestellten Tatsachen, zu äussern.

Steht der medizinische Sachverhalt fest, beurteilt der Unfallversicherer die Sachlage neu. Hält er an der bisherigen Beurteilung fest, weist er die Einsprache ab (Einspracheentscheid «die Einsprache wird abgewiesen» (= materieller Entscheid). Der Einspracheentscheid ist zu begründen. Kommt er nach ergänzender Sachverhaltsabklärung zum Schluss, dass die Einsprache (ganz oder teilweise) begründet ist, erlässt er ebenfalls einen (materiellen) Einspracheentscheid, wobei er einen reformatorischen Entscheid trifft. Der Einspracheentscheid ist zu begründen. Der materielle Einspracheentscheid tritt an die Stelle der angefochtenen Verfügung.